

**Rede des umweltpolitischen Sprechers  
der CDU-Landtagsfraktion  
Rainer Deppe**

am 03. März 2016

## **Plenum, TOP 9**

### **Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften**

**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/11154**

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Nehmen wir an, es gäbe Menschen, die Nordrhein-Westfalen nicht kennen, und Ihre Reden vom dramatischen Artenrückgang und dem Formatieren der Festplatte der Natur hören – die müssen doch meinen, NRW wäre eine ökologische Wüste.

Wer dann im Land unterwegs ist, und sieht, dass  $\frac{3}{4}$  der Landesfläche aus Wäldern, Äckern, Flüssen und Wiesen besteht, dass wir bei einigen wichtigen Arten zum Teil kräftig wachsende Populationen haben – ich nenne nur beispielhaft, den Uhu, den Graureiher, Libellen, Biber, Störche oder Rothirsche –, der merkt, dass Ihre Reden mit der Wirklichkeit wenig zu tun haben.

Die Lebenswelt der Menschen sieht ganz anders aus. Egal wo sie hier in Nordrhein-Westfalen irgendetwas unternehmen wollen, sei es ein Marathonlauf, der Bau eines Schuppens, eines Windrads oder eines Hochwasserschutzdeiches – Sie finden doch immer irgendwelche Fledermäuse, Kröten oder Vögel, die das Vorhaben an dieser Stelle unmöglich oder durch Ausgleichsmaßnahmen unbezahlbar machen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf verschärft den sowieso schon vorhandenen nordrhein-westfälischen Sonderweg. Ihr Gesetz entzieht der Landwirtschaft in unverantwortlicher Weise drei- bis viermal so viele Flächen für Ausgleichsmaßnahmen wie nach Bundesrecht vorgeschrieben ist und in anderen Bundesländern verlangt wird.

Damit führt dieses Gesetz neben den Auswirkungen des zukünftigen Landeswassergesetzes zusätzlich zu einem noch größeren Flächenverlust zu Lasten der Landwirtschaft.

Ein weiterer massiver Eingriff ist die Ausweitung des Vorkaufsrechts über die bundesrechtlichen Regelungen hinaus. Vor lauter Sorge, dass Sie nicht genug Haushalts- oder Stiftungsmittel zusammenbekommen, um den Landwirten die Flächen wegzukaufen, begünstigen Sie jetzt auch noch die Naturschutzverbände durch ein zusätzliches Vorkaufsrecht. Wir wollen, dass die Flächen in der Hand der Landwirte und Waldbauern bleiben. Diese brauchen ein stärkeres Vorkaufsrecht und nicht Behörden sowie Verbände!

Der Bund Deutscher Forstleute hat es auf den Punkt gebracht: Dieses Gesetz scheint „von einem tiefen Misstrauen gegenüber Landnutzenden und Bewirtschaftenden durchdrungen zu sein.... Der Eindruck einer Bevormundung des freien Bürgers im ländlichen Raum wird immer stärker.“



**Es gilt das gesprochene Wort!**

Meine Damen und Herren,

zu diesem Gesetz kündige ich Ihnen den massiven Widerstand der CDU an. Es schadet unserem Land und sollte deshalb nicht beschlossen werden.

Wir brauchen in unserem Bundesland jeden Quadratmeter land- und forstwirtschaftlicher Fläche zur Existenzsicherung unserer sowieso schon wirtschaftlich bedrängten Land- und Forstwirte.

Sie wollen den Menschen vorschreiben, wie sie zu arbeiten haben. Wir sagen: Was gute fachliche Praxis ist, wird nicht am grünen Tisch im Ministerium, sondern anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse und praktischer Erfahrungen festgelegt.

Darüber hinaus produziert Ihr Gesetzesentwurf erneut eine Unmenge an zusätzlicher Bürokratie. Mit der Clearingstelle Mittelstand sind wir der Meinung: Wir können uns keine weitere Verlängerung der Planungsprozesse leisten. Die IHK NRW hat Ihnen noch gestern wortwörtlich geschrieben, dass Ihr Gesetz die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes behindert.

Sie missachten die Leistungen unserer Landwirte, Waldbesitzer, Jäger, Angler und der Erzeuger erneuerbarer Energien für Natur und Umwelt. Sie schüren die Konfrontation zwischen sogenannten „Naturnutzern“ und sogenannten „Naturschützern“. Wir sagen: Ihre unsägliche Trennung in einerseits „gute Schützer“ und andererseits „bösen Nutzer“ lehnen wir ab. Wir setzen auf Miteinander und Kooperation.

Sie stellen den organisierten Naturschutz über alle anderen, und zwar nicht nur über die Betroffenen und die Eigentümer, sondern auch über die öffentlichen Verwaltungen und sogar über die gewählten Räte und Kreistage. Auch das ist falsch. Wir setzen auf fachliche Beratung und verlässliche Entscheidungen.

Meine Damen und Herren,

SPD und Grüne schüren die Konfrontation im ländlichen Raum auf unverantwortliche Art und Weise – wir stehen für Kooperation und einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten.

